

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

22.08.2016

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Dennis Zach

Telefon-Nr.

02202 142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Dienstag, 05.07.2016

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:02 Uhr - 18:55 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

17:54 Uhr – 17:58 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 03.05.2016 - öffentlicher Teil**
0251/2016
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Genehmigung der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2016/2017 durch den Landrat - hier: Entscheidung über das weitere Vorgehen hinsichtlich der erteilten Auflage**
0245/2016

- 6 Finanzierung der Erneuerung der Straßenbeleuchtung**
0262/2016
- 7 Wirtschaftsplan 2016 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**
0174/2016
- 8 Wahl eines Technischen Beigeordneten**
0261/2016
- 9 Besetzung der Einigungsstelle nach § 67 Abs. 1 LPVG**
0244/2016
- 10 Änderung der Satzung über die kommunale Einrichtung „Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR“ in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Bergisch Gladbach vom 06.10.2010 in der Fassung der I. Nachtragssatzung**
0268/2016
- 11 VIII. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung für die Vergabe von Bauleistungs-, Liefer- und Leistungsaufträgen**
0216/2016
- 12 Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach**
0257/2016
- 13 Änderung der "Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege" zum 01.08.2016**
0212/2016
- 14 Erhöhung der Platzpauschalen für die Außerunterrichtlichen Angebote in den Offenen Ganztagsgrundschulen**
0230/2016
- 15 Einwohnerfragestunde**
0205/2016
- 16 Annahme von Schenkungen**
0278/2016
- 17 Benennung von städtischen Vertretern für die regionale Bildungskonferenz**
0260/2016
- 18 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach**
0239/2016
- 19 Entsendung eines Mitglieds des Integrationsrates in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr**
0190/2016

- 20 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 20.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 17.06.2016 (eingegangen am 20.06.2016) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**
0274/2016
- 20.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 16.06.2016 (eingegangen am 21.06.2016) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**
0277/2016
- 21 Anträge der Fraktionen**
- 21.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Teilnahme am Ältestenrat**
0214/2016
- 21.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016 (eingegangen am 19.04.2016) zur Verabschiedung einer Resolution gegen den Betrieb von Atomkraftwerken in Belgien**
0175/2016/2
- 21.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2016 (eingegangen am 22.05.2016) zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt**
0255/2016
- 21.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 17.06.2016 (eingegangen am 20.06.2016) zur Umbesetzung im Seniorenbeirat**
0275/2016
- 21.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.06.2016 (eingegangen am 21.06.2016) zum Verzicht auf den Ankauf von Immobilien im Zusammenhang mit der geplanten Landesstraße 286n**
- 22 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 22.1 Schriftliche Anfragen**
- 22.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 20.06.2016 (eingegangen am 20.06.2016) zum Sachstand der Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft**
0276/2016
- 22.2 Mündliche Anfragen**

N Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 03.05.2016 - nicht öffentlicher Teil**
0252/2016
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 5 Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL)**
0258/2016
- 6 Jahresabschluss 2015 der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
0250/2016
- 7 Abberufung des Geschäftsführers der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
0185/2016
- 8 Abberufung des Geschäftsführers der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
0186/2016
- 9 Anträge der Fraktionen**
- 9.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.06.2016 (eingegangen am 21.06.2016) zum Verzicht auf den Ankauf von Immobilien im Zusammenhang mit der geplanten Landesstraße 286n**
0279/2016
- 10 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 10.1 Schriftliche Anfragen**
- 10.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 21.06.2016 (eingegangen am 21.06.2016) zu einem Grundstück an der Marijampolestraße**
0280/2016
- 10.1.2 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 28.06.2016 (eingegangen am 28.06.2016) zu Grundstücksankäufen zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Kürten-Spitze**
0286/2016
- 10.1.3 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 30.06.2016 (eingegangen am 30.06.2016) zu Grundstücken an der Overather Straße**
0287/2016
- 10.2 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Urbach eröffnet um 17:02 Uhr die 14. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Frau Bischoff (CDU-Fraktion), Herr Schade (CDU-Fraktion), Frau Bähler (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), Frau Dr. Rüdiger (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) und Herr Dr. Steffen (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) entschuldigt. Herr Lucke (CDU-Fraktion), Herr Ebert (SPD-Fraktion) und Herr Klein (Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL) sind ab 17:04 Uhr, Frau Winkels (SPD-Fraktion) ab 17:05 Uhr, Herr Schütz (fraktionsloses Ratsmitglied) ab 17:06 Uhr und Herr Voßler (CDU-Fraktion) ab 17:22 Uhr anwesend.

Seitens der Verwaltung sind Herr Mumdey und Frau Fahner entschuldigt.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- Die mit Schreiben vom 01.07.2016 übersandte Vorlage zur nicht öffentlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, welche unter TOP N 10.1.2 beraten werde,
- die als Tischvorlage vorliegende schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, welche unter TOP N 10.1.3 beraten werde.

Zudem habe die Verwaltung den Stellenplan zu Kenntnisnahme auf die Tische verteilt.

Frau Schundau **beantragt**, dass der unter TOP N 9.1 aufgeführte Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im öffentlichen Teil der Sitzung beraten werde. Schützenswerte Interessen Dritter werden von dem Antrag nicht berührt. Es könne sachlich darüber diskutiert werden, ob Immobilien im Umfeld des Bahndamms angekauft werden sollen oder nicht.

Herr Martmann führt an, dass der Antrag in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung aufgenommen worden sei, da die Vermutung bestanden habe, dass dieser im Zusammenhang mit einem bestimmten Grundstücksgeschäft der Verwaltung gestellt worden sei, welches auch vom Verwaltungsrat der SEB AöR diskutiert werde. Sofern es sich um eine allgemeine Diskussion zur Vorkaufsrechtssatzung handele, könne dies öffentlich diskutiert werden. Es sei die Frage, welche Intention die Antragstellerin verfolge.

Herr Urbach schlägt vor, dass ein entsprechender Tagesordnungspunkt in den öffentlichen Teil der Sitzung aufgenommen werde. Sofern nicht öffentliche Inhalte beraten werden, werde er eingreifen.

Sodann stellt Herr Urbach den Antrag Frau Schundaus zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN wird zusätzlich im öffentlichen Teil der Sitzung unter TOP Ö 21.5 beraten.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Urbach teilt mit, dass aufgrund eines Fehlers der Verwaltung in der Ratssitzung am 03.05.2016 als Ergebnis der Neubesetzung der Ausschüsse (TOP Ö 15.1) festgestellt worden sei, dass die SPD-Fraktion über fünf und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN über drei Sitze im AUKIV und im ABKSS verfügen. Diese in der Sitzung getroffene Aussage habe auch in die Niederschrift aufgenommen werden müssen. Richtig sei, dass beide Fraktionen über jeweils vier Sitze verfügen. Darüber habe er die Fraktionen und die Ratsmitglieder ohne Fraktionszugehörigkeit mit Schreiben vom 04.05.2016 informiert. Das Schreiben sei der Niederschrift als Anlage beigefügt worden. Der heute vorgetragene Hinweis werde mit der Niederschrift über die heutige Sitzung protokolliert.

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 03.05.2016 – öffentlicher Teil – wird unter Berücksichtigung des vorgetragenen Hinweises genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 03.05.2016 - öffentlicher Teil 0251/2016

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zu einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren gegen den Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Urbach teilt mit, dass - wie aus entsprechenden Berichten in der Presse bekannt sei - die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beim Verwaltungsgericht Köln einen Antrag auf einstweilige Anordnung gegen den Ratsbeschluss zur Begrenzung der Zahl der sachkundigen Bürger gestellt habe, nachdem er der Fraktion mitgeteilt habe, dass er keinen Anlass sehe, den Ratsbeschluss wegen angeblicher Rechtswidrigkeit zu beanstanden. Hierzu habe ihn die Fraktion zuvor aufgefordert und wieder einmal auch den Landrat eingeschaltet. Das Verwaltungsgericht Köln habe mit seinem Beschluss vom 13.06.2016 nun dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach in vollem Umfang Recht gegeben. Das Gericht habe festgestellt, dass der Rat befugt sei, die Zahl der sachkundigen Bürger zu begrenzen und die Anzahl der sachkundigen Bürger, die eine Fraktion für die Ausschüsse benennen dürfe, an die Anzahl der Fraktionsmitglieder zu koppeln, weil sich diese Differenzierung am Wählervotum orientiere. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach habe die Begrenzung nicht willkürlich vorgenommen, sondern damit die Senkung der finanziellen Belastung der Stadt durch Entschädigungsleistungen legitim verfolgt. Dieses Ziel sei mit dem Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit sogar gesetzlich vorgeschrieben. Er zitiert wörtlich aus der Entscheidungsbegründung: „Der Umstand, dass die Antragstellerin auf neun statt maximal zwölf sachkundige Bürger für die Ausschüsse beschränkt ist, ist Ausfluss des geringen Zuspruchs durch die Wähler. Es ist nicht geboten, diesen durch die Wahlentscheidung der Bürger vorgegebenen Unterschied in der Zahl der Ratsmitglieder auszublenden und losgelöst davon die Personalressource der Antragstellerin durch Ausweitung der Anzahl der sachkundigen Bürger zu vergrößern.“ Leider werde der städtische Haushalt durch dieses unnötige Verfahren mit Gerichts- und Anwaltskosten in Höhe von mindestens ca. 1.000 Euro belastet, ohne dass die Kosten der Bearbeitung innerhalb der Stadtverwaltung in diesem Betrag bereits berücksichtigt seien.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Mitteilungen zur Abrechnung der Entschädigungsleistungen der Rats- und Ausschussmitglieder für den Monat Juni 2016

Herr Urbach bittet in Anbetracht der anstehenden Sommerferien und Urlaubszeit, die Entschädigungsanträge und Teilnehmerverzeichnisse für Fraktionssitzungen für den Monat Juni bereits bis zum 11.07.2016 im Ratsbüro einzureichen und diese Bitte auch an die sachkundigen Bürger der Fraktionen weiterzuleiten.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. Genehmigung der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2016/2017 durch den Landrat - hier: Entscheidung über das weitere Vorgehen hinsichtlich der erteilten Auflage

0245/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Santillán und Herr Schütz bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss**:

- 1. Die fristwährend erhobene Klage gegen die mit der Genehmigung des HSK 2016/2017 durch den Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises erteilte Auflage, ab 2017 eine Kostenmiete für den Immobilienbetrieb zu veranschlagen, wird zurückgenommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Handlungsoptionen zu prüfen und dem Rat zu seiner nächsten Sitzung einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten.**

6. Finanzierung der Erneuerung der Straßenbeleuchtung

0262/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Santillán und Herr Schütz folgenden **Beschluss**:

Der Rat verpflichtet sich, zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in einem Nachtragshaushalt zum Doppelhaushalt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 8,23 Mio. Euro (im Haushaltsjahr 2016) sowie zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2,53 Mio. Euro (in der mittelfristigen Finanzplanung) zur Verfügung zu stellen.

7. Wirtschaftsplan 2016 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

0174/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen zwei Stimmen aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und gegen die Stimmen der beiden fraktionslosen Ratsmitgliedern Herr Santillán und Herr Schütz folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) stellte am 20.04.2016, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, den Wirtschaftsplan 2016 der EBGL nach § 9 des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:

Die von der Gesellschafterversammlung der EBGL durchgeführte Feststellung des Wirtschaftsplanes 2016 wird hiermit gebilligt und eine entsprechende Weisung i.S. § 113 (1) GO NRW erteilt.

8. Wahl eines Technischen Beigeordneten *0261/2016*

Herr Dr. Baeumle-Courth erklärt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN aus politischen Gründen enthalten werde, was nicht an der Person Herrn Flügges, sondern dem politischen Auswahlprozess liege. Herr Flügge habe sich zwar am gestrigen Tag in der Fraktionssitzung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vorgestellt, dies habe jedoch nicht gereicht, um einen allumfassenden Eindruck zu erhalten. Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sei nicht am Auswahlprozess des technischen Beigeordneten beteiligt gewesen. Das Wahlergebnis sei angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat absehbar. Er hoffe auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Herr Flügge habe mitgeteilt, dass für die Stadt wichtige Entscheidungen nur mit einer breiten Mehrheit getroffen werden können. Dieser Aussage sei beizupflichten. Sie betreffe sowohl bedeutsame Entscheidung hinsichtlich der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, als auch wichtige Personalentscheidungen. Zwar sei die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN nicht Teil der Mehrheitskoalition, aber solche Entscheidungen könnten auch kooperativ getroffen werden.

Herr Krell führt an, dass auch die FDP-Fraktion Herrn Flügge kennengelernt und mit diesem diskutiert habe. Danach sei die Entscheidung getroffen worden, der Wahl Herrn Flügges zum technischen Beigeordneten zuzustimmen. Er dankt Herrn Flügge für seine Bereitschaft, sich der Diskussion zu stellen.

Herr Klein teilt mit, dass er sich im Haupt- und Finanzausschuss der Stimme enthalten habe, womit keine persönliche Wertung verbunden sei. Im Rahmen der Akteinsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen sei ihm seltsam erschienen, dass sich die Bewerbungsschreiben auf Gespräche mit dem Bürgermeister beziehen. Es sei schade, dass sich wenige Frauen beworben haben.

Herr Urbach entgegnet, dass es bei der Bewerbung für eine derartige Position üblich sei, das vorherige Gespräch mit dem Bürgermeister der jeweiligen Stadt zu suchen.

Herr Waldschmidt erklärt, dass sich Herr Flügge in der SPD-Fraktion vorgestellt und einen guten Eindruck hinterlassen habe. Die SPD-Fraktion vertrete die Auffassung, dass Herr Flügge über die Kompetenz verfüge, die künftigen Aufgaben, wie die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, zu bewältigen. Er erwarte eine vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit, weshalb die SPD-Fraktion Herrn Flügge wählen werde.

Herr Jungbluth erörtert, dass auch die ALFA-Fraktion Herrn Flügge kennengelernt und Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen genommen habe. Es sei zur Kenntnis genommen worden, dass diejenigen, welche sich im Vorfeld intensiver mit den Personalien beschäftigt haben, ihn für einen kompetenten Kandidaten halten. Diesen Eindruck teile die ALFA-Fraktion. Herr Flügge sei kompetent, so dass flankierende Beraterverträge nicht notwendig seien.

Herr Santillán schließt sich Teilen seiner Vorredner hinsichtlich der Kritik am Auswahlprozess an. Der Beigeordnete müsse vom Rat gewählt werden, vorliegend habe jedoch bereits im Vorfeld festgestanden, wen die Mehrheitsfraktionen wählen werden. Die übrigen Ratsmitglieder seien lediglich per Pressemitteilung informiert worden. Zudem habe die SPD-Fraktion auf die Auswahl eines eigenen Kandidaten verzichtet. Nichtsdestotrotz habe er ebenfalls ein persönliches Gespräch mit Herrn Flügge geführt und erachte diesen als kompetenten Kandidaten. Er hofft auf eine gute und enge Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, große Transparenz und viele Veränderungen in der Stadt. Er werde sich jedoch der Stimme enthalten, da der Auswahlprozess ein Ärgernis darstelle.

Herr Dr. Metten entgegnet, dass er die Ausführungen Herrn Santilláns nicht nachvollziehen könne, da die Wahl des technischen Beigeordneten in der heutigen Sitzung stattfinde. In der Pressemitteilung sei zudem nicht der neue Beigeordnete, sondern lediglich ein Kandidat vorgestellt worden. Die CDU-Fraktion sei sehr erfreut über die Bewerbung Herrn Flügges. Dieser sei nach Studie der Be-

werbungsunterlagen als der geeignetste Kandidat erschienen. Er sei nicht nur Stadtplaner aufgrund seines Studiums, sondern auch von Herzen. Dies sei auch bedeutsam für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes. Ein großes Thema sei auch der Umgang mit Bürgerinitiativen gewesen. Diesbezüglich müssen gemeinsame Konzepte erstellt, da zukünftige Bauvorhaben Akzeptanz in der Bevölkerung finden müssen. Des Weiteren habe Herr Flügge ein zusätzliches Studium im Bereich der Immobilienwirtschaft abgeschlossen. Aufgrund des von Köln ausgehenden Siedlungsdrucks sei dies auch ein Thema, was alle Beteiligten beschäftigen werde. Für ihn persönlich sei die Parteizugehörigkeit im Auswahlprozess unerheblich gewesen.

Herr Samirae teilt mit, dass ein Großteil der Bewerber die Parteizugehörigkeit in den Bewerbungen erwähnt habe. Er schließt sich den Ausführungen hinsichtlich der Qualifikation Herrn Flügges an. Die Art und Weise des Auswahlprozesses sei jedoch nicht in Ordnung gewesen, so dass sich die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL enthalten werde. Er habe sich ein sauberes Verfahren gewünscht.

Herr Urbach entgegnet, dass dies der Fall gewesen sei, auch wenn es Herrn Samirae nicht gefalle.

Herr Santillán führt an, dass das Verfahren zwar formell rechtmäßig gelaufen sei. Jedoch bestehe Demokratie auch aus aktiver Beteiligung. Der Rat sei an diesem Prozess nicht beteiligt gewesen, sodass dieser undemokratisch gewesen sei.

Herr Klein teilt mit, dass Herr Flügge im Haupt- und Finanzausschuss erwähnt habe, anfangs kein Parteibuch besessen zu haben. Jetzt habe er allerdings eines.

Herr Urbach entgegnet, dass niemand mit einer Parteizugehörigkeit geboren werde. Er selbst habe sich informiert und entschieden, einer Partei beizutreten. Er schlägt vor, der einstimmigen Wahlempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zu folgen und Herrn Harald Flügge zum Technischen Beigeordneten zu wählen. Er fragt, ob jemand einen alternativen Wahlvorschlag unterbreiten wolle. Dies ist nicht der Fall. Jedes Ratsmitglied habe eine Stimme. Enthaltungen zählen als ungültige Stimmen, Nein-Stimmen zählen als gültige Stimmen. Gewählt sei, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten habe. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der Stimmen, so finde zwischen den Personen, welche die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht haben, eine engere Wahl statt. Gewählt sei dann, wer in dieser engeren Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheide das Los.

Für den Wahlvorschlag, Herrn Flügge zum technischen Beigeordneten zu wählen, stimmen CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, ALFA-Fraktion, FDP-Fraktion und der Bürgermeister. Gegen den Wahlvorschlag stimmt das fraktionslose Ratsmitglied Herr Schütz. Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und das fraktionslose Ratsmitglied Herr Santillán enthalten sich der Stimme. Der Rat trifft damit mehrheitlich die folgende **Wahl**:

1. Herr Harald Flügge wird zum Technischen Beigeordneten gewählt.

Sodann stellt Herr Urbach Ziffer 2 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

2. Mit seinem Amtsantritt wird er zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters bestellt.

9. Besetzung der Einigungsstelle nach § 67 Abs. 1 LPVG
0244/2016

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. Der Vizepräsident a. D. des VG Köln, Herr Klaus-Dieter Haase, Gütergasse 6, 51143 Köln, wird zum Vorsitzenden der Einigungsstelle bestellt, soweit hierzu eine Einigung mit dem neu gewählten Personalrat erzielt wird. Der Richter am VG Köln, Herr Andreas Fleischfresser, Appellhofplatz, 50667 Köln, wird zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Einigungsstelle bestellt, soweit der Bürgermeister hierzu eine Einigung mit dem neu gewählten Personalrat erzielt hat.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, Einvernehmen mit dem neu gewählten Personalrat zur Person des Vorsitzenden der Einigungsstelle sowie zu deren Vertretung herzustellen.

10. Änderung der Satzung über die kommunale Einrichtung „Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR“ in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Bergisch Gladbach vom 06.10.2010 in der Fassung der I. Nachtragssatzung
0268/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Die II. Nachtragssatzung zur Satzung über die kommunale Einrichtung „Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR“ - in der Rechtsform Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Bergisch Gladbach wird beschlossen.

11. VIII. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung für die Vergabe von Bauleistungs-, Liefer- und Leistungsaufträgen
0216/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und der beiden fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Änderung der Vergabeordnung.

12. Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach
0257/2016

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der ALFA-Fraktion, eines Ratsmitglieds aus den Reihen der FDP-Fraktion und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Die II. Nachtragssatzung zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach wird gemäß der der Vorlage anliegenden Neufassung beschlossen.

13. Änderung der "Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege" zum 01.08.2016
0212/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden - im Vergleich zum Beschlussvorschlag in der Vorlage – geänderten Beschluss:

Die „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege“ werden, wie in Anlage 1 zur Vorlage beschrieben, mit Wirkung zum 01.08.2016 unter Berücksichtigung der folgenden Ergänzung geändert:

Ziffer 13 – Förderung der Kaltmiete – Satz 1 erhält folgende Fassung: „Findet die Kindertagespflege in Abstimmung mit dem Jugendamt in Ausnahmefällen in einer durch die selbstständig tätige Kindertagespflegeperson angemieteten Wohnung statt, wird die Kaltmiete auf Antrag gefördert.“

14. Erhöhung der Platzpauschalen für die Außerunterrichtlichen Angebote in den Offenen Ganztagsgrundschulen
0230/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Die „Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach, Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr“ werden gemäß den Ausführungen in Anlage 3 zur Vorlage geändert.

15. Einwohnerfragestunde
0205/2016

Herr Urbach erklärt, dass eine Einwohnerfrage vom Arbeitskreis Baum vorliege.

Herr Urbach fragt Frau Wirtz als Vertreterin des Arbeitskreises Baum, ob diese ihre Fragen selbst vorlesen wolle, was diese bejaht.

Der Arbeitskreis Baum schreibt:

Wir sind besorgt um den Baumbestand im Bergisch Gladbacher Zentrum. In der Ratssitzung am 05.07.2016 möchten wir dazu folgende Fragen stellen: Der AUKIV hat in seiner Sitzung am 21.10.2015 beschlossen, nach Beendigung der Baumaßnahme Strunde hoch vier alle 59 gefälltten Bäume zu ersetzen. In einem Schreiben des Bürgermeisters an den Arbeitskreis Baum vom 14.10.2015 bzw. in der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag im oben genannten Ausschuss wurde mitgeteilt, dass 19 Kaiserlinden als Baumallee westlich des Kreisels Gohrsmühle in Richtung Driescher Kreuz neu angepflanzt werden sollen, dass fünf neue Bäume im Garten der Villa Zanders gepflanzt werden sollen und dass eine Allee mit beidseitigen Baumbepflanzungen vom Kreisel Gohrsmühle nach Osten in Richtung Gnadenkirche entstehen soll.

1. Frage des AK Baum:

Wann ist mit der Anpflanzung der 19 Kaiserlinden zu rechnen?

Antwort der Verwaltung:

Nach Fertigstellung des Loses 3 (Kreisverkehr) von Strunde hoch vier werden 9 Kaiserlinden in der Pflanzperiode 2017/2018 als Straßenbäume gepflanzt. Im weiteren Verlauf westlich des Kreisverkehrs Richtung Driescher Kreisel ist im Rahmen der Wiederherstellung der Straße vorgesehen,

weitere 10 Kaiserlinden zu pflanzen, wobei diese frühestens in der Pflanzperiode 2018/2019 gepflanzt werden können.

2.. Frage des AK Baum:

Welche fünf Bäume sollen im Garten der Villa Zanders gepflanzt werden und wann könnte das sein?

Antwort der Verwaltung:

Im Vorentwurf zur Neugestaltung der südlichen Fläche des Gartens der Villa Zanders sind drei Bäume erster Ordnung vorgesehen. Die Baumart ist noch nicht bestimmt, vermutlich werden aber auch hier in der Pflanzperiode 2017/2018 Kaiserlinden gepflanzt.

3. und 4. Frage des AK Baum:

Gibt es schon konkrete Pläne für die Gestaltung der nach Osten führenden Allee? Wie viele und welche Bäume sollen hier gepflanzt werden?

Antwort der Verwaltung:

Für den weiteren Verlauf der Umgestaltung der Schnabelsmühle nach Osten in Richtung Gnadenkirche als zweispuriger Boulevard gibt es derzeit nur einen Vorentwurf zur Erschließungsspanne, der bis zum forum 15 Straßenbäume vorsieht, wobei in diesem Planungsstadium noch keine Baumart festgelegt wurde. Die Baumart und die genaue Anzahl können erst im Rahmen einer Ausführungsplanung festgelegt werden. Ein Pflanztermin kann daher ebenfalls noch nicht festgelegt werden.

5. Frage des AK Baum:

Wird die Ersatzpflanzung der 59 gefälltten Bäume durch die genannten Maßnahmen abgedeckt oder sind weitere Standorte für Baumpflanzungen vorgesehen?

Antwort der Verwaltung:

Die Planung einer Ersatzpflanzung für die 59 gefälltten Bäume ist derzeit noch nicht möglich. Es bestünde die Möglichkeit, z.B. 20 Hainbuchen in der Innenfläche des Kreisels und den Nebenflächen zu pflanzen. Die Planung der Gestaltung des Kreisverkehrs ist aber dem Verein „Best für Bergisch Gladbach“ übertragen worden und sieht eine intensive Bürgerbeteiligung und einen Wettbewerb unter drei Büros in Abstimmung mit der Verwaltung vor. Eine weitere Möglichkeit für die Anpflanzung von Bäumen besteht in der planerischen Fortführung der Verkehrsspanne vom forum bis zum Waatsack, wobei diesbezüglich darauf geachtet werden muss, dass nicht große, alte Bäume, wie z.B. die Buche im Grünbereich vor der Gnadenkirche, der Planung zum Opfer fallen.

Herr Urbach fragt Frau Wirtz, ob diese Zusatzfragen stellen möchte, was diese verneint.

Herr Urbach erklärt, dass eine weitere Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vorliege.

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob dieser seine Fragen selbst vorlesen wolle, was dieser verneint.

Herr Hoffmann schreibt:

Im Jahr 2011 kam es zu einem Grundstücks austausch der Stadt Bergisch Gladbach mit der Stadt Köln. Ein Waldgebiet im Diepeschrather Wald wurde gegen ein Waldgebiet in Refrath an der Autobahn A4 getauscht. Dabei wurde das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach um 1 Hektar verkleinert.

Anmerkung der Verwaltung:

Ich gestatte mir eine Aussage zu Ihren Vorbemerkungen: In der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 22.09.2009 wurde der Beschluss zum Abschluss eines Tauschvertrages zwi-

schen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln gefasst. Der beabsichtigte Austausch von Waldflächen, die jeweils an den Grundstücksgrenzen der beiden Städte liegen, wurde durch die Forstverwaltung im Vorfeld überprüft, die Waldwerte ermittelt (die bei 1,64 € bzw. 1,65 €/m² lagen), und im Rahmen der gegenseitigen Grundstücksbevorratung für sinnvoll erachtet. Es wurde ein wertgleicher Tausch vorgeschlagen, wobei bei der Größe auf die örtlichen Gegebenheiten Rücksicht genommen werden musste und somit eine Größendifferenz nicht zu vermeiden, jedoch unerheblich war. Der Tauschvertrag wurde am 13.09.2010 beurkundet.

1. Frage von Herrn Hoffmann:

Hat die Stadt Köln die Stadt Bergisch Gladbach bei dem Grundstücksgeschäft über den Tisch gezogen?

Antwort der Verwaltung:

Nein.

2. Frage von Herrn Hoffmann:

Haben sich bei dem Grundstückstausch frühere Kontakte von Lutz Urbach zur Stadt Köln nachteilig für Bergisch Gladbach ausgewirkt?

Antwort der Verwaltung:

Angebliche „frühere Kontakte“ haben sich nicht negativ ausgewirkt. Zum betreffenden Zeitpunkt war ich auch noch nicht Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach.

3. Frage von Herrn Hoffmann:

Warum wurden nicht 7 Hektar gegen 7 Hektar Wald getauscht?

Antwort der Verwaltung:

Die Größe der zu tauschenden Waldflächen richtete sich nach den örtlichen Gegebenheiten, so dass eine Größendifferenz nicht zu vermeiden, jedoch unerheblich war.

4. Frage von Herrn Hoffmann:

Kann ein Grundstückstausch rückgängig gemacht werden?

Antwort der Verwaltung:

Nein. Es handelt sich um einen notariell beurkundeten Grundstücksvertrag.

Die Fragen 5. bis 8. verlese und beantworte ich in einem Block:

5. bis 8. Frage von Herrn Hoffmann:

Fühlt sich Lutz Urbach als Bergisch Gladbacher Bürgermeister überfordert?

Ist die Stelle des Bergisch Gladbacher Bürgermeisters für Versorgungsfälle der Kommunalpolitik sehr geeignet?

Nutzt die Stadt Köln die Bergisch Gladbacher Verhältnisse sehr aus?

Ist das Führungspersonal der Stadt Bergisch Gladbach seinen Aufgaben noch gewachsen?

Antwort der Verwaltung:

In der Reihenfolge der Fragen: Nein, nein, nein, ja.

9. Frage von Herrn Hoffmann:

Ist der Grundstückstausch mit der Stadt Köln misslungen?

Antwort der Verwaltung:

Nein. Die Stadt hat durch den Austausch der Waldflächen in Refrath im Rahmen der allgemeinen Grundstücksbevorratung aus liegenschaftlicher Sicht interessante Flächen erhalten.

10. Frage von Herrn Hoffmann:

Was läuft bei der Bergisch Gladbacher Kommunalpolitik eigentlich noch gut?

Antwort der Verwaltung:

Diese Frage müssen Sie an die Wählerinnen und Wähler richten.

11. Frage von Herrn Hoffmann:

Warum bündelt Bürgermeister Lutz Urbach seine Aktivitäten nicht, um beruflich mehr Erfolg zu haben?

Antwort der Verwaltung:

Es erschließt sich mir nicht, welche „Aktivitäten“ Sie meinen, die ich bündeln sollte.

Herr Hoffmann, ich weise im Übrigen darauf hin, dass ich Anfragen, sollten Sie sich weiter auf meine persönlichen Angelegenheiten, und nicht im Wesentlichen auf Angelegenheiten der Stadt Bergisch Gladbach beziehen, künftig nicht mehr beantworten werde. Hierzu bin ich so lange gerne bereit, wie ich den Eindruck habe, dass zu der Frage des gegenseitigen Respekts voreinander eine übereinstimmende Auffassung besteht. Fragen danach, ob ich mich mit meinem Amt überfordert fühle und ähnliche Fragen lassen daran Zweifel aufkommen.

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob dieser Zusatzfragen stellen möchte, was dieser verneint.

16. Annahme von Schenkungen

0278/2016

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Schenkung der Künstlerin Rosemarie Stuffer aus Much wird angenommen.**
- 2. Die Schenkung der Eheleute Sylvia und Hans-Wolfgang Zanders wird angenommen**

Den Schenkenden soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

17. Benennung von städtischen Vertretern für die regionale Bildungskonferenz

0260/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Die Stadt Bergisch Gladbach entsendet Frau Elke Lehnert und Herrn Gerd Neu als Vertreter des Schulträgers in die Regionale Bildungskonferenz.

18. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach

0239/2016

Der Rat fasst mehrheitlich gegen zwei Stimmen aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden Beschluss:

Die folgenden Änderungen der Vertretungen der Stadt Bergisch Gladbach in den Organen der Mitgliedschaften/Beteiligungen der Stadt werden beschlossen:

Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, Aufsichtsrat:

Persönliche Stellvertretung des Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach (Herrn Bürgermeister Urbach): Herr Martmann (BM I).

**Kreissparkasse Köln, Regionalbeirat Bergisch Gladbach:
Persönliche Stellvertretung des Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach (Herrn Bürgermeister Urbach): Herr Flügge (als Erster Beigeordneter).**

**Rechtsrheinischer Kölner Randkanal, Verbandsversammlung:
Herr Flügge (als technischer Beigeordneter).**

**Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH, Gesellschafterversammlung:
Der Vorstand der SEB AöR.**

**Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg in Liquidation, Gesellschafterversammlung:
Die Geschäftsführung der SVB mbH.**

**Stiftung Zanders, Vorstand:
Der Bürgermeister, Leitung des Fachbereiches Bildung, Kultur, Schule und Sport.**

**19. Entsendung eines Mitglieds des Integrationsrates in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
0190/2016**

Herr Urbach führt an, dass der Integrationsrat in der Sitzung am 09.06.2016 mehrheitlich mit sechs Ja-Stimmen gegen fünf Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen beschlossen habe, dem Rat die Beschlussempfehlung zu geben, das Mitglied des Integrationsrates Herr Martin Panzer als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr zu entsenden. Der Integrationsrat habe damit seine Empfehlung wiederholt, die der Rat in seiner Sitzung am 08.03.2016 bereits abgelehnt habe.

Frau Holtzmann teilt mit, dass der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschlossen habe, die Vorlage ohne weitere Beratung an den Rat zu übergeben. Das Verfahren könne zwar regelmäßig wiederholt werden, es stelle jedoch eine Zeitverschwendung für alle Beteiligten dar.

Herr Klein erklärt, dass der Rat mit den Ausschüssen Hilfsmittel zu Arbeitsteilung eingerichtet habe. In diese werden Mitglieder entsandt, um zu diskutieren, sich Gedanken zu machen und Beschlüsse zu fassen. Die Vorschläge der Ausschüsse werden in den meisten Fällen vom Rat angenommen. Es sei unverständlich, dass sich der Integrationsrat, in dem auch Mitglieder der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vertreten seien, für eine Person ausgesprochen habe und der Rat dies ablehne. Er empfiehlt die Entsendung Herrn Panzers in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr, zumal dieser sehr engagiert sei.

Herr Samirae kritisiert, dass die Ablehnung Herrn Panzers nicht begründet werde. Die Ablehnung sei unüblich und stelle ein Novum dar. Es sei keine Sachentscheidung, sondern eine Ablehnung aus persönlichen Gründen. Dies stelle eine geringe Integrationsbereitschaft dar. Der Integrationsrat solle die Integration in den Städten und Gemeinden erleichtern. Eine Ablehnung von vorgeschlagenen Mitgliedern des Integrationsrates in die Ausschüsse schränke nicht nur die Rechte des Integrationsrates ein, sondern missachte auch dessen Stellung. Er fordert eine Begründung für die Ablehnung. Es werde nicht nur dem Rat, sondern auch dem Integrationsrat Zeit gestohlen.

Herr Santillán teilt mit, dass es vorliegend um die Ausschüsse des Stadtrates gehe und es sich deshalb um eine politische Entscheidung handele. Herrn Panzer sei Mitglied der Bürgerpartei, welche

er persönlich als rechte Partei einstufe. Die Strategie der Bürgerpartei sei es, ihre Mitglieder durch Entsendung in die politischen Gremien finanziell zu versorgen. Dies sei eine eindeutig rechte Vorgehensweise, für die die Bürgerpartei auch bekannt sei. Er verweist auf das Verfahren hinsichtlich der Begrenzung der Zahl der sachkundigen Bürger, zu dem Herr Urbach unter TOP Ö 4 eine Mitteilung vorgetragen habe.

Frau Lehnert merkt an, dass Herr Samirae sich auf Gepflogenheiten bzgl. der Zusammenarbeit im Rat berufe, diese aber selbst bereits mehrfach gebrochen habe. Alle Fraktionen hätten sich den Umbesetzungen in den Ausschüssen in der Vergangenheit stets angeschlossen, was nun nicht mehr der Fall sei.

Herr Krasniqi entgegnet auf die Aussage Herrn Kleins, dass die Entscheidung des Integrationsrates nicht von allen Parteien mitgetragen worden sei. Der ablehnende Beschluss des Rates spiegele das Abstimmungsergebnis im Integrationsrat wider. Es sei zu kritisieren, dass Herr Samirae und die Bürgerpartei vorliegend Personen für einen politischen Zweck opfern und missbrauchen. Die SPD-Fraktion spreche sich, wie schon im Integrationsrat, gegen die Entsendung Herrn Panzers in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr aus. Die Kompetenz Herrn Panzers liege nicht in den Schwerpunkten des Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr.

Herr Samirae zeigt sich erschrocken über die vorangegangene Diskussion. Die Bürgerpartei sei keine rechte Partei. Der Rat habe viele Gepflogenheiten über Bord geworfen, womit allerdings die CDU-Fraktion begonnen habe. Herr Panzer sei als direkter Einzelkandidat in den Integrationsrat gewählt worden. Anstatt den Wählerwillen zu berücksichtigen, werde eine Parteidiskussion losgetreten. Dies helfe weder dem Integrationsrat, noch der Stadt. Nie zuvor sei über die Kompetenzen bei solchen Entsendungen gesprochen worden. Wo Herr Panzer seine Kompetenzen habe, könne von keinem beurteilt werden. Es sei eine pauschale Ablehnung.

Herr Santillán führt an, dass Herr Panzer als Einzelkandidat in den Integrationsrat gewählt worden sei, trotzdem sei er für die Bürgerpartei aktiv. Es sei interessant, dass Herr Samirae behaupte, vorliegend handele es sich nicht um ein politisches Thema. Wenn es sich bei der Bürgerpartei nicht um eine politische Partei handele, stelle sich die Frage, was diese darstelle. Diese Strategie, sich nicht einzuordnen, sei vergleichbar mit der Vorgehensweise rechter Organisationen.

Herr Samirae entgegnet, dass er keine Debatte über die politische Ausrichtung von Parteien führen wolle. Es sei Ausdruck des Wählerwillens, dass er einen Sitz im Rat habe. Ebenso sei es Ausdruck des Wählerwillens, dass Herr Santillán als Einzelratsmitglied tätig sei. Er werde sich zu diesem Thema nun nicht mehr äußern.

Herr Urbach ergänzt, dass dies auch nicht mehr möglich sei, da Herr Samirae bereits drei Wortbeiträge zum vorliegenden Tagesordnungspunkt getätigt habe.

Sodann stellt Herr Urbach die Beschlussempfehlung des Integrationsrates, wonach Herr Panzer als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr entsandt werden solle, zur Abstimmung.

Für die Beschlussempfehlung des Integrationsrates stimmen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und das fraktionslose Ratsmitglied Herr Schütz. Gegen den Antrag stimmen die übrigen Ratsmitglieder. Damit wird die Beschlussempfehlung mehrheitlich **abgelehnt**.

20. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

20.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 17.06.2016 (eingegangen am 20.06.2016) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen 0274/2016

Herr Urbach erklärt, dass mit Schreiben vom 01.07.2016 allen Ratsmitgliedern die bisher noch fehlenden Rücktrittserklärungen als ergänzende Unterlagen zu diesem TOP übersandt worden seien. Heute liege eine weitere Unterlage zu diesem TOP als Tischvorlage vor, die der Verwaltung gestern zugegangen seien. Die Tatsache, dass nunmehr der streng formale Weg einzuhalten sei, sei darin begründet, dass die Beschlüsse des Rates zur Ausschussbesetzung von der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL mittlerweile sogar auf dem Klageweg hinterfragt werden. Deshalb werde der Antrag Punkt für Punkt entsprechend der Darstellung in der Vorlage durchgegangen. Hinsichtlich des Haupt- und Finanzausschusses und Rechnungsprüfungsausschusses seien dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL Rücktrittserklärungen des Herrn Thomas Klein beigelegt, die allerdings unter den Vorbehalt gestellt worden seien, dass Herr Klein nach seinem Rücktritt jeweils zum zweiten Stellvertreter in den betreffenden Ausschüssen gewählt werde – die Stellvertreterliste der beiden Ausschüsse solle demnach um ein Ratsmitglied „verlängert“ werden, sie enthalte bisher nur ein Ratsmitglied. Ein Rücktritt unter dem Vorbehalt, sodann in neuer Funktion wieder in den Ausschuss gewählt zu werden, sei aus Sicht der Verwaltung nicht möglich. Denn eine Nachfolgebesetzungswahl bedinge, dass ein Ausschusssitz durch vorbehaltlose Erklärung unbesetzt sei. Vorliegend sei jedoch etwas anderes problematischer und lasse die Frage des Vorbehalts in den Hintergrund treten: Im Rahmen einer Nachfolgebesetzung gemäß § 50 Absatz 3 letzter Satz GO NRW könne keine „Verlängerung“ der Stellvertreterliste beschlossen werden; ein solcher Beschluss wäre rechtswidrig. Sollte der Antrag unverändert aufrechterhalten werden, müsse er dem Rat empfehlen, ihn abzulehnen. Die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL habe die Möglichkeit, den Antrag so umzuändern, dass es bei der jetzigen Konstellation „ein Stellvertreter für ein ordentliches Ausschussmitglied“ bleibe, die betreffenden Ratsmitglieder müssten dann ihren Rücktritt zu Protokoll geben. Alternativ könne ein einheitlicher, also von einer Mehrheit der Ratsmitglieder eingebrachter, einziger Wahlvorschlag einstimmig beschlossen werden oder die betreffenden Ausschüsse würden auf entsprechenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL durch Mehrheitsbeschluss aufgelöst und anschließend sofort neu besetzt. Ein dies umfassender Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL sei in der Sitzung des Rates am 03.05.2016 abgelehnt worden.

Herr Klein teilt mit, dass die Ratsmitglieder sich gegenseitig vertreten sollen. In diesem Sinne könne der Antrag seitens des Bürgermeisters umgedeutet werden.

Herr Urbach entgegnet, dass er Herrn Klein die möglichen Alternativen geschildert habe. Sofern Herr Klein darüber abstimmen lassen wolle, dass die Fraktion im Rahmen einer Nachfolgebesetzung im Haupt- und Finanzausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss jeweils zwei statt einen Stellvertreter habe, müsse er dem Rat empfehlen, dies abzulehnen, da der Beschluss rechtswidrig wäre. Sofern der Rat dem dennoch zustimmen würde, müsse er den Beschluss beanstanden. Es könne auch ein gemeinsamer einheitlicher Wahlvorschlag mit den anderen Fraktionen eingereicht werden oder die Auflösung und sofortige Neubesetzung der beiden Ausschüsse beantragt werden.

Herr Klein bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung, damit sich die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beraten könne.

Herr Urbach unterbricht die Sitzung in der Zeit von 17:54 Uhr bis 17:58 Uhr.

Herr Klein erklärt, dass Frau Misini von ihrer Stellvertreterposition im Haupt- und Finanzausschuss zurücktreten und Herr Samirae ihren Platz im Rahmen der Nachfolgebesetzung einnehmen werde.

Herr Urbach fragt, wie im Rechnungsprüfungsausschuss verfahren werden solle.

Herr Klein teilt mit, dass Frau Misini von ihrer Position als ordentliches Mitglied zurücktreten werde und er ihren Platz im Rahmen der Nachfolgebesetzung einnehmen werde. Seinen dann vakanten Platz als Stellvertreter werde Herr Samirae einnehmen.

Herr Urbach fragt Frau Misini, ob diese vorbehaltlos von den betroffenen Ausschusssitzen zurücktrete.

Frau Misini bestätigt dies.

Herr Urbach führt an, dass der Rat nach § 50 Absatz 3 letzter Satz GO NRW rechtlich verpflichtet sei, dieser Nachfolgebesetzung zuzustimmen.

Herr Santillán führt an, dass im Antrag Herr Samirae als stimmberechtigtes Mitglied aufgeführt worden sei, während dies nun Herrn Klein sein solle. Er bittet um eine erneute Darstellung.

Herr Urbach erklärt, dass Frau Misini von ihrer Stellvertreterposition im Haupt- und Finanzausschuss zurückgetreten sei, an die nun Herr Samirae nachrücken solle. Sie sei zudem ordentliches Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss gewesen. Von dieser Position sei sie nun vorbehaltlos zurückgetreten. Den ordentlichen Sitz im Rechnungsprüfungsausschuss solle nun Herr Klein übernehmen. An die dann vakante Stellvertreterposition solle dann Herr Samirae gesetzt werden.

Herr Urbach stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bezogen auf den Haupt- und Finanzausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen einige Stimmen aus der CDU-Fraktion und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei mehreren Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion, einer Enthaltung aus den Reihen der SPD-Fraktion und Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Umbesetzung im Haupt- und Finanzausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss wird unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen beschlossen.

Herr Urbach führt aus, hinsichtlich der beantragten Nachfolgebesetzungen für die übrigen im Antrag bezeichneten Ausschüsse sei in der Vorlage dargestellt, welche der für eine Nachbesetzung erforderlichen Rücktrittserklärungen dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL nicht beigefügt gewesen seien. Die Rücktrittserklärung des Herrn Dennis Klein und des Herrn Farzanehfar lägen mittlerweile vor, so dass mit der Bestellung von Herrn Bagiras die für die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL maximal zulässige Zahl von 9 sachkundigen Bürgern erreicht, aber nicht überschritten werde.

Herr Urbach stellt die beantragten Nachfolgebesetzungen für die im Antrag bezeichneten Ausschüsse mit Ausnahme des HFA und RPA zur Abstimmung. Der Rat sei gemäß § 50 Absatz 3 letzter Satz GO NRW verpflichtet, die beantragte Nachfolgebesetzung zu beschließen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Herr Santillán bei sechs Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Umbesetzung in den übrigen Ausschüssen wird beschlossen.

20.2. Antrag der SPD-Fraktion vom 16.06.2016 (eingegangen am 21.06.2016) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen
0277/2016

Herr Waldschmidt dankt Herrn Ruhe für die Arbeit des Ratsbüros betreffend die Umbesetzungen in den Ausschüssen in Anbetracht dessen, dass das Ausschussbesetzungsverfahren nun komplizierter geworden sei.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung in den Ausschüssen wird beschlossen.

21. Anträge der Fraktionen

21.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Teilnahme am Ältestenrat
0214/2016

Herr Samirae erörtert, dass der Antrag um erweitert werden solle, die allerdings getrennt zur Abstimmung gestellt werden sollen. Er **beantragt**, dass zusätzlich noch Einzelratsmitglieder am Ältestenrat teilnehmen dürfen und dieselben Informationsrechte wie die Fraktionen haben sollen. Zudem **beantragt** er, dass Protokolle und Termine allen Ratsmitgliedern auf Wunsch übersendet werden. Er **beantragt** zudem, dass diese auch in das Ratsinformationssystem eingepflegt werden.

Herr Urbach weist darauf hin, dass der Antrag betreffend die Einsichtnahme der Protokolle bereits vom ursprünglichen Antrag umfasst sei und daher nicht gesondert zur Abstimmung gestellt werden müsste.

Seitens der Antragstellerin wird hierzu kein Widerspruch geäußert.

Herr Waldschmidt fragt, ob Herr Samirae Klage einreichen werde, wenn der Antrag abgelehnt werde.

Herr Santillán stellt dazu in Frage, wie hoch die Kosten einer etwaigen Klage seien.

Herr Urbach stellt den ursprünglichen Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und die beiden fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Santillán und Herr Schütz. Gegen den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die ALFA-Fraktion, die FDP-Fraktion und der Bürgermeister. Damit wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach stellt den ersten Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und die beiden fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Santillán und Herr Schütz. Gegen den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die ALFA-Fraktion, die FDP-Fraktion und der Bürgermeister. Damit wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach stellt den zweiten Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmt die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und das fraktionslose Ratsmitglied Herr Schütz. Gegen den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, ein Mitglied aus den Reihen der ALFA-Fraktion und der Bürgermeister. Damit wird der Antrag mehrheitlich bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der ALFA-Fraktion und bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán **abgelehnt**.

Herr Samirae fordert Herrn Urbach dazu auf, den – seiner Ansicht zufolge – rechtswidrigen Ratsbeschluss aufzuheben.

21.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016 (eingegangen am 19.04.2016) zur Verabschiedung einer Resolution gegen den Betrieb von Atomkraftwerken in Belgien
0175/2016/2

Herr Krell erklärt, dass in Bergisch Gladbach viele Herausforderungen gebe, deren Lösungen die gesamte Kreativität und Energie der Politik erfordern. Der Rat sollte sich nicht mit Themen beschäftigen, die nicht in seinen Aufgabenbereich fallen. Zudem lehne die FDP-Fraktion es ab, sich mit Themen zu beschäftigen, bei denen keine ausreichende Informationsbasis vorhanden sei. Der Verweis auf Pressemitteilungen sei unzureichend.

Herr Samirae zeigt sich erfreut über den Antrag und darüber, dass der Umweltschutz in Bergisch Gladbach ernst genommen werde. Dies gelte auch für die Förderung von Elektromobilität, weshalb es wünschenswert wäre, wenn die Stadt Bergisch Gladbach auf die BELKAW einwirke, so dass ausgefallene Elektroladestationen wieder in Betrieb genommen werden. Er fordert Herrn Urbach zudem dazu auf den – seiner Ansicht zufolge – rechtswidrigen Ratsbeschluss zu TOP Ö 21.1 bzgl. des Ältestenrates aufzuheben.

Herr Außendorf führt an, dass die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN nicht damit gerechnet habe, dass bezüglich dieses Tagesordnungspunktes eine Debatte aufkomme. Herr Krell habe im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr ausgeführt, dass es keine komplett sicheren technischen Gerätschaften. Dies sei richtig, da es in der Natur der Sache liege, dass Technik fehleranfällig sei. Es sei jedoch ein Unterschied, ob ein Gaskraftwerk explodiere, wobei ein paar Fensterscheiben zu Bruch gehen, oder ein Atomkraftwerk in Folge einer Kernschmelze, welche dann weite Teile der Umgebung unbewohnbar mache. Dieses Risiko sei nicht gering, da das Max-Planck-Institut für Chemie zu dem Ergebnis komme, dass mit einer Kernschmelze in einem Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahren zu rechnen sei. Für die belgischen Atomkraftwerke gebe es zudem Untersuchungen, die zu dem Ergebnis kommen, dass das dortige Aufkommen von Rissen nicht erklärbar sei. Selbst Atomenergieexperten betrachten die belgischen Meiler als hochgradig unsicher, so dass diese nicht mehr betrieben werden dürften. Der Rat habe eine Verantwortung für die Bevölkerung Bergisch Gladbachs, da im Problemfall eine heftige Beeinträchtigung die Folge sei. Mittlerweile gebe es über 40 Kommunen, die sich der Klage der Städteregion Aachen angeschlossen haben. Dem sollte sich der Rat anschließen und gegen die Reaktoren vorgehen.

Herr Santillán schließt sich den Ausführungen Herrn Außendorfs vollumfänglich an. Wenn in einer umliegenden Stadt beispielsweise ein Einkaufszentrum gebaut werde, werden die umliegenden Städte und Gemeinden auch diesbezüglich eingebunden, da es u.a. Probleme mit dem Nahversorgungskonzept geben könne. Vorliegend gehe es um ein Atomkraftwerk, dessen Auswirkungen im Katastrophenfall Bergisch Gladbach nicht nur aufgrund der Windrichtung, sondern auch aufgrund der geographischen Nähe betreffe. Zudem sei festzustellen, dass die FDP-Fraktion zum wiederholten Male von einer Zustimmung absehe, da sie nicht ausreichend informiert sei. Er schlägt den Mitgliedern deshalb vor, dass diese ihre Mandate niederlegen und nicht mehr zur Wahl antreten.

Herr Klein merkt an, dass der letzte Vorschlag Herrn Santilláns das typische Verhalten rechter Parteien widerspiegele. Die Partei DIE LINKE. sei ebenfalls nicht mit dem Betrieb von Atomkraftwerken einverstanden. Das Atomkraftwerk weise zwar eine geographische Nähe auf, bisher sei dieses jedoch noch nicht explodiert. Es gebe allerdings in Bergisch Gladbach eine Glyphosatproblematik auf den Wiesen. Hierüber sei auch noch keine Resolution gefasst worden. Selbiges gelte für Giftstoffe in Nahrungsmitteln. Er schließt sich den Ausführungen Herrn Krells an, wonach Bergisch Gladbach viele eigene Probleme habe, die gelöst werden müssen. Der Rat sollte sich nicht mit Themen beschäftigen, um deren Lösung auch die Parteizentralen in Berlin gebeten werden können.

Herr Komenda kritisiert, dass zwar vorgetragen werde, es gebe andere wichtige Dinge in Bergisch Gladbach, jedoch werde über diese nicht diskutiert. Stattdessen werde seit längerer Zeit über eine Resolution diskutiert, die auch innerhalb einer Minute hätte verabschiedet werden können.

Herr Urbach stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmen die ALFA-Fraktion, die FDP-Fraktion, ein Ratsmitglied aus den Reihen der CDU-Fraktion und ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Für den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, elf Ratsmitglieder aus den Reihen der CDU-Fraktion, ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, die beiden fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Santillán und Herr Schütz sowie der Bürgermeister. Damit wird der Antrag mehrheitlich bei zwölf Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL **angenommen**.

21.3. Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2016 (eingegangen am 22.05.2016) zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt 0255/2016

Herr Krell führt an, die FDP-Fraktion habe den Antrag erneut gestellt, da es sich um ein immanent wichtiges Thema für Bergisch Gladbach handle. Die Diskussionen und Initiativen im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann gehen zwar in die richtige Richtung, seien aber nicht ausreichend. Die Integration der Flüchtlinge sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es sei eine soziale Pflicht, diesen Menschen eine Perspektive zu geben. Auch sei es im Interesse aller, erfolgreiche Integrationsarbeit zu betreiben. Ihm sei bewusst, dass die Herausforderungen durch mangelnde Sprachkenntnisse und berufliche Qualifikation sowie kulturelle Barrieren groß seien. Die Arbeit der GL Service gGmbH verdiene Anerkennung, sei jedoch nicht ausreichend. Wie aus den Zahlen hervorgehe, habe GL Service bisher ca. 70 Flüchtlingen eine Arbeit geben können, jedoch beherberge Bergisch Gladbach über 1.400 Flüchtlinge. Alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere die Privatwirtschaft, seien diesbezüglich gefordert. Erforderlich sei ein Katalysator, welchen die Stadt Bergisch Gladbach in Kooperation mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und anderen Institutionen darstellen solle. Hierzu soll ein Runder Tisch eingerichtet werden. Bei der Flüchtlingsunterbringung sei in Bergisch Gladbach eine vorbildliche Leistung erbracht worden, welche auch bei der Integration erreicht werden solle.

Herr Urbach erklärt, dass das Thema bereits ausgiebig im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann diskutiert und beraten worden sei. Dabei sei ein Beschluss gefasst worden, welcher auch in der Vorlage dargestellt sei. Die FDP-Fraktion habe sich bei jener Abstimmung enthalten. Eine Gegenstimme habe es seitens der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL gegeben. Nun habe die FDP-Fraktion den Antrag erneut gestellt, da diese mit dem damaligen Ergebnis nicht zufrieden sei. Dieses Vorgehen widerspreche der arbeitsteiligen Vorgehensweise im Rat, wonach bestimmte Themen in die Zuständigkeit der Ausschüsse fallen. Es wäre wünschenswert, wenn die Beratungsergebnisse akzeptiert werden. Aufgrund dieser verfahrenstechnischen – und nicht aus inhaltlichen – Aspekten schlage die Verwaltung vor, den Antrag

nicht erneut an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann zu verweisen, sondern das Thema in der heutigen Sitzung erneut zu beraten und die Entscheidung des Ausschusses zu bestätigen.

Herr Samirae erörtert, dass er die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt grundsätzlich als lobenswert erachte und dies unterstütze. Im vorliegenden Antrag sollen Flüchtlingen allerdings 1-Euro-Jobs vermittelt werden. Es sei fraglich, wie dies mit dem gesetzlichen Mindestlohn vereinbar sei und wie die Flüchtlinge nachhaltig motiviert werden sollen, zu arbeiten. Deshalb solle zunächst ein fraktionsübergreifender Arbeitskreis mitsamt Verwaltung eingerichtet werden, damit inhaltliche Beratungen erfolgen können.

Herr Urbach weist Herrn Samirae darauf hin, dass es ihm freistehe, die anderen Fraktionen einzuladen.

Frau Holz-Schöttler schließt sich den Ausführungen Herrn Urbachs an, wonach im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann ausführlich diskutiert worden sei und die FDP sich bei der darauffolgenden Abstimmung enthalten habe. Die GL Service gGmbH sei seit Jahren darin aktiv, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies seien zwar zunächst 1-Euro-Jobs, später erfolge jedoch eine Überleitung in den ersten Arbeitsmarkt. Sobald neue Fördergelder eintreffen, sollen 100 weitere Plätze geschaffen werden. Sie bittet den Rat, dem Beschluss des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann zuzustimmen. Wer weiter diskutieren wolle, könne dies innerhalb seiner Fraktion tun und die Ideen dann bei der GL Service gGmbH einbringen.

Frau Münzer ergänzt, dass im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann seitens des Jobcenters bereits vieles vorgestellt worden sei. Aus Erfahrung können sie berichten, dass dies eine sehr gute Aktion sei und die Flüchtlinge gut betreut werden. Es finden Schulungen statt, an denen auch die Menschen teilnehmen können, die nur eine Duldungserlaubnis haben. Es gebe viele Angebote zur Integration von Flüchtlingen, jedoch bedarf es jemanden, der sie begleite.

Herr Willnecker erklärt, dass das, was die FDP-Fraktion beantrage, bereits von den Flüchtlingsinitiativen betrieben werde. Dies sehe einfacher aus als es sei, da zunächst eine Arbeitsgenehmigung erteilt werden müsse. Auch die Arbeitsstellen werden ständig betreut. Die ehrenamtlichen Kräfte leisten gute Arbeit.

Sodann stellt Herr Urbach den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGER-PARTEI GL folgenden **Beschluss**:

- 1. Der Rat zieht die Entscheidung gemäß § 1 Absatz 4 Zuständigkeitsordnung an sich.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der GL-Service gGmbH weitere Gespräche mit dem Ziel einer Erhöhung der Anzahl der Plätze für Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz oder vergleichbarer Plätze für die Heranführung von Menschen an den Arbeitsmarkt zu führen. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit Fördermittel z. B. der Arbeitsverwaltung abgerufen werden können. Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann ist über den Fortgang der Gespräche zu informieren. Sofern für die Schaffung von weiteren Arbeitsgelegenheiten städtische Finanzmittel eingesetzt werden müssen, sind hierfür entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien einzuholen.**

21.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 17.06.2016 (eingegangen am 20.06.2016) zur Umbesetzung im Seniorenbeirat
0275/2016

Herr Klein erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL den Antrag zurückziehe.

Aus den Reihen des Rates wird hierzu kein Widerspruch geäußert.

21.5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.06.2016 (eingegangen am 21.06.2016) zum Verzicht auf den Ankauf von Immobilien im Zusammenhang mit der geplanten Landesstraße 286n

Herr Außendorf führt an, dass - unabhängig davon wie der persönliche Standpunkt zur Bahndammdebatte sei - Einigkeit bestehen müsse, dass die Realisierung unwahrscheinlich sei. Es sollen keine Mittel in signifikantem Ausmaß für ein derartiges Projekt ausgegeben werden. Der Bürgermeister habe zudem einen Bürgerentscheid angekündigt. Dieser werde ad absurdum geführt, wenn dem Entscheid durch den Kauf vorgegriffen werde.

Herr Urbach teilt mit, dass der Rat nicht für den Beschluss zuständig sei, es könne jedoch überlegt werden, ob eine Willensbekundung beschlossen werde. Ein bindender Beschluss liege jedoch im Zuständigkeitsbereich der SEB AÖR.

Herr Dr. Metten erklärt, dass es eine Vorkaufsrechtssatzung gebe, welche der Rat vor Jahren beschlossen habe. Alle weiteren Überlegungen hinsichtlich Bürgerentscheide o.ä. seien zeitlich später anzusiedeln. Deswegen müsse das Grundstücksgeschäft davon getrennt werden. Im Rahmen der Vorkaufsrechtssatzung gehe es um einen Marktpreis, welchen der Käufer bereit sei, zu zahlen, sofern die Stadt Bergisch Gladbach nicht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch mache. Er bittet darum, auszuführen, inwieweit Pachteinahmen dem entgegenstehen, so dass die Entscheidung als Vermögensentscheidung zu werten sei, die keine präjudizierende Wirkung für den Bahndamm habe.

Herr Urbach teilt mit, dass dies nur im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantwortet werden könne.

Herr Zalfen führt an, dass die Vorlage Ausdruck zweier vom Rat beschlossener Resolutionen zur Verkehrsplanung sei. Auch wenn kein Autobahnzubringer errichtet werde, sei es sinnvoll, die Trasse zu sichern. So seien aus den Reihen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Vorschläge hinsichtlich einer Straßenbahnlinie zu hören gewesen. Von den Gegnern des Bahndammes werde immer wieder die fehlende Realisierbarkeit angesprochen. Wenn dem so sei, könne das Thema auch einfach ruhen gelassen werden.

Herr Santillán erörtert, dass es grundsätzlich richtig sei, dass die SEB AÖR Grundstücke kaufe, diese bevorratete und plane, wie diese weiterentwickelt werden. Tatsächlich gehe es vorliegend um ein unrealistisches Verkehrsprojekt. Es sei allerdings vorstellbar, einem Grundstückskauf zuzustimmen, wenn auf einem Teil der Flächen Sozialwohnungen errichtet werden. Allerdings sei dies unwahrscheinlich, da das Grundstück relativ teuer sei.

Herr Waldschmidt ergänzt zu der Aussage Herrn Zalfens, dass sich der Rat mehrfach für die Bahndammtrasse ausgesprochen und die Vorkaufsrechtssatzung beschlossen habe. Es stelle sich die rechtliche Frage, ob ein einfacher Beschluss die Satzung aushebeln könne, da diese die Stadt Bergisch Gladbach zur Ausübung des Vorkaufsrechts verpflichte. Es sei klar kommuniziert werden, dass die Trasse freigehalten werden solle. Die nun geführte Grundsatzdiskussion müsse unter einem anderen

Tagesordnungspunkt geführt werden, aber nicht, wenn es um die Ausführung einer Satzung gehe. Für eine Grundsatzdiskussion eigne sich die vorliegende Thematik nicht.

Herr Außendorf teilt hinsichtlich der Aussage Herrn Zalfens betreffend die alternative Verwendung der Bahndammtrasse mit, dass sich die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN mit dieser Fragestellung ebenfalls schon beschäftigt habe. Zum einen sei ein Radschnellweg diskutiert worden, wofür die Kosten jedoch nicht angemessen erscheinen. Zudem werde der vorliegende Teil der Trasse für eine Umsetzung nicht benötigt. Selbiges gelte für eine mögliche Straßenbahnlinie in Form der Anbindung der Straßenbahnlinie 1 an die Stadtmitte. Er fragt, ob das Land als Bauträger die Kosten übernehme, falls die Stadt Bergisch Gladbach das Grundstück kaufe und der Autobahnzubringer nicht gebaut werde. Es stelle sich die Frage, warum die Stadt Bergisch Gladbach hierfür überhaupt Geld ausgeben solle.

Herr Urbach führt an, dass die Stadt Bergisch Gladbach das Vorkaufsrecht ausübe und deshalb auch die Kosten übernehmen müsse.

Herr Außendorf fragt nach, ob es demnach keine Finanzierungszusage des Landes gebe. Letztlich benötige das Land das Grundstück und die Stadt Bergisch Gladbach übe das Vorkaufsrecht aus rein formellen Gründen aus.

Herr Urbach bestätigt dies.

Herr Krell erklärt, dass er Bedenken gegen das Vorhaben habe. So sei der Preis nicht angemessen und die herangezogenen Bodenrichtwerte träfen nicht zu. Auch sei nicht ersichtlich, weshalb das Grundstück erworben werden müsse. Sofern es zu einer Planfeststellung für den Autobahnbringer kommen sollte, könne das Grundstück jederzeit durch ein Enteignungsverfahren erworben werden.

Herr Urbach entgegnet, dass ein Enteignungsverfahren sehr viel Zeit in Anspruch nehme und arbeits- und kostenintensiv sei.

Herr Steinbüchel teilt mit, dass die Vorkaufsrechtssatzung die Stadt Bergisch Gladbach dazu verpflichte, Grundstücke entlang der Bahndammtrasse zu kaufen, um diese zu sichern. Das nun thematisierte Grundstück befinde sich in einer lukrativen Lage, wobei im Zuge dessen auch Grundstücke gekauft werden, für die dies nicht gelte. Wie Herr Urbach bereits erwähnt habe, sei eine Rückerstattung der jeweiligen Kaufpreise ungewiss. Zudem werde ein hoher Betrag aufgewendet, obwohl weder die SEB AöR, noch die Stadt Bergisch Gladbach über hohe finanzielle Mittel verfügen. Zeitgleich häufen sich die Meldungen über sanierungsbedürftige Schulgebäude, für die das Geld sinnvoller verwendet werden könne.

Herr Klein führt an, dass die SEB AöR kürzlich ihr Jahresergebnis vorgestellt habe, welches sich – trotz der hohen Verfügbarkeit an Grundstücken und Häusern - auf 115.000 Euro belaufe. Der Rat solle der SEB AöR empfehlen, sich nicht auf derartige Spekulationsgeschäfte einzulassen, die erst in vielen Jahren greifen werden.

Frau Lehnert merkt an, dass die Trasse auch für andere Zwecke verwendet werden könne. Sie persönlich präferiere einen Radschnellweg, da der Nutzen von Fahrrädern als Transportmittel so steigen werde und der Radschnellweg eine Verkürzung des Weges in das Industriegebiet und zu den Schulen darstelle. Der Preis sei hoch, sofern dieser allerdings rentierlich sei, sei dies unproblematisch.

Herr Urbach schlägt vor, dass die Diskussion im öffentlichen Teil beendet werde, zumal Fragen zu Pacht und Wirtschaftlichkeit nur im nicht öffentlichen Teil erfolgen können.

Herr Ebert kritisiert, dass die Gegner des Grundstückskaufes zwar anmerken, die Bahndammdebatte nicht erneut eröffnen zu wollen, jedoch werde genau dies mit dem Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts getan. Ohne das Grundstück werde der Bau der Bahndammtrasse unmöglich gemacht. Dies sei verlogen. Ein Ansatzpunkt wäre, eine Verkehrsdiskussion in Bergisch Gladbach zu führen, was kürzlich mit der Verabschiedung des Mobilitätskonzeptes geschehen sei. Vor diesem Hintergrund könne nochmals diskutiert werden, aber nicht in Zusammenhang mit einem Grundstückskauf.

Herr Orth schließt sich den Ausführungen Herrn Eberts und insbesondere Herrn Dr. Mettens an. Es handele sich vorliegend um zwei Entscheidungen. Zum einen gehe es um die Vorkaufsrechtssatzung, welche zum ersten Mal seit ihrem Beschluss zur Anwendung komme. Im Vorfeld des Beschlusses sei damals eine verkehrspolitische Grundsatzdiskussion entbrannt, nachdem sich der Rat für die Bahndammtrasse ausgesprochen habe. Infolgedessen seien zwei Schritte unternommen worden. Zum einen sei die Aufnahme in den Landesstraßenbedarfsplan beantragt worden und auch erfolgt. Seitdem werde geplant. Des Weiteren sei die Frage aufgeworfen worden, was die Stadt Bergisch Gladbach tun könne, um den Planungszeitraum abzusichern. Hieraus sei die Vorkaufsrechtssatzung beschlossen worden.

Herr Außendorf entgegnet auf die Aussage Herrn Eberts, dass die Debatte nicht verlogen sei. Vorliegend gehe es um die Einschätzung einer Realisierungswahrscheinlichkeit, so dass eine Grundsatzentscheidung getroffen werden könne. Dies sei unabhängig von einem konkreten Grundstücksgeschäft. Es solle hinterfragt werden, ob die Grundstücke benötigt werden und wie die politische Realisierbarkeit der Bahndammtrasse einzuschätzen sei.

Herr Urbach führt an, dass der formulierte Antrag in die Zuständigkeit der SEB AöR falle. Der Antrag könne aber umformuliert werden, z.B. als grundsätzliche Meinungsäußerung.

Herr Santillán kritisiert die Aussage Herrn Eberts, da dieser diverse Themen aufgeworfen habe, die eigentlich schon geklärt gewesen seien, und die Debatte zuvor auch sachlich geführt worden sei. Tatsächlich gehe es vorliegend auch um Wirtschaftlichkeit. Der Vorschlag Herrn Krells zu Enteignungen erscheine merkwürdig. Die Stadt befinde sich in keiner guten wirtschaftlichen Situation, trotzdem solle nun ein großer Betrag für ein Grundstück ausgegeben werden, welches vermutlich erst in 20-30 Jahren für das benötigte Projekt genutzt werden könne. Ein alternativer Nutzen bis dahin sei nicht erkennbar. So habe er den Bau von Sozialwohnungen vorgeschlagen, welche nach diesem Zeitraum abgeschrieben seien. Danach könne die Bahndammtrasse realisiert werden. Auch sei der Vorschlag für eine Fahrradschnellstraße interessant. Hierzu seien jedoch keine Anknüpfungspunkte erkennbar. Wenn es diese geben würde, könne überlegt werden, wie das Grundstück aktiv und schnell für die Entwicklung der Stadt genutzt werden könne.

Herr Urbach fragt Herrn Außendorf, ob dieser einen alternativen Beschlusstext ausgearbeitet habe.

Herr Außendorf erklärt, dass der Antrag dahingehend umformuliert werden solle, dass der Rat den Verzicht auf den Ankauf von Immobilien im Zuge der Planungen für die Landstraße 286n empfehle.

Sodann stellt Herr Urbach den so umformulierten Antrag zur Abstimmung.

Für den so umformulierten Antrag stimmen die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, die FDP-Fraktion und die beiden fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Santillán und Herr Schütz. Gegen den Antrag stimmen die ALFA-Fraktion, 23 Mitglieder aus den Reihen der CDU-Fraktion, 14 Mitglieder aus den Reihen der SPD-Fraktion und der Bürgermeister. Damit wird der Antrag mehrheitlich bei jeweils einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

22. Anfragen der Ratsmitglieder

22.1. Schriftliche Anfragen

22.1.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 20.06.2016 (eingegangen am 20.06.2016) zum Sachstand der Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft 0276/2016

Herr Urbach antwortet, dass nach wie vor einige rechtliche und steuerrechtliche Fragen zu klären seien, bevor die Überlegungen zur Gründung einer eigenen städtischen Wohnungsbaugesellschaft einer abschließenden rechtlichen Prüfung unterzogen werden können. Der Gesetzgeber habe in der Gemeindeordnung eine Reihe von Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen definiert. Dabei gehe es auch um die Frage, ob die Rechtsform der GmbH oder der AöR gewählt werde. Hier gehe es vor allem um die steuerrechtliche Betrachtung, die derzeit noch von den Steuerberatern geprüft werde. Des Weiteren sei es wichtig, bei dieser Frage auch den künftigen Baudezernenten mit einzubinden. Sobald ein Ergebnis vorliege, werde der Rat selbstverständlich informiert.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

22.2. Mündliche Anfragen

Frau Schundau: Anfrage zur Pflege des Pflasters auf dem Konrad-Adenauer-Platz

Frau Schundau merkt an, dass auf dem Konrad-Adenauer-Platz noch die alte Bepflasterung vorzufinden sei. Defekte Stellen werden jedoch nicht ausgebessert. Sie fragt, ob die Stadt Bergisch Gladbach die Ausbesserung defekter Stellen nicht wieder aufnehmen wolle.

Herr Urbach antwortet, dass die Mitarbeiter des Bauhofes jede Woche auf dem Konrad-Adenauer-Platz tätig seien. Es würden keine Asphalt-Plomben mehr gesetzt, sondern defekte Stellen würde seit drei Jahren durch Verlegung von Pflastersteinen ausgebessert.

Herr Santillán: Anfrage zur Tafel des ehemaligen Stella-Werkes

Herr Santillán teilt mit, dass an der Ecke Bensberger Straße/Richard-Zanders-Straße ein neues Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen Stella-Werkes errichtet worden sei. Dort sei eine Tafel angebracht worden, welche auf die Opfer in diesem Werk in der Zeit des Nationalsozialismus hingewiesen habe. Dort werde jedes Jahr eine Mahnwache vom Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert. Die Tafel sei an der Einfahrt wieder angebracht und restauriert worden. Allerdings sei diese recht tief angebracht, was womöglich auch der Verkehrssicherheit geschuldet sei. Er fragt, ob die Stadt Bergisch Gladbach diesbezüglich eingebunden gewesen sei und ob es eine Möglichkeit gebe, in Kooperation mit der Eigentümergemeinschaft einen anderen Platz für die Tafel zu finden.

Herr Urbach sagt eine Überprüfung dessen zu.

Herr Krell: Anfrage zur Bestellung des neuen Geschäftsführers der BELKAW GmbH

Herr Krell führt an, die FDP-Fraktion vertrete die Auffassung, dass nach § 113 GO NRW der Rat mit der Bestellung eines dritten Geschäftsführers für die BELKAW GmbH zu befassen gewesen wäre bzw. die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung vom Rat hätte angewiesen werden müssen. Es gebe zu diesem Vorgang ein externes Gutachten. Er bittet um eine Stellungnahme hierzu und um Akteneinsicht.

Herr Urbach erklärt, dass dies unproblematisch sei. Der Vorgang sei rechtlich extern geprüft worden. Im Rahmen der Akteneinsicht könne dies zur Verfügung gestellt werden.

Herr Komenda: Lob für die GL Service gGmbH

Herr Komenda erklärt, er habe kürzlich von einer amerikanischen Firma zwei Lkw- und eine Pritschenladung Möbel für Schulen und die Verwaltung geschenkt bekommen. Er lobt, dass die GL Service gGmbH die Möbel innerhalb kürzester Zeit aus Langenfeld abgeholt habe.

Herr Urbach führt an, dass Lob weiterzugeben.

Herr Steinbüchel: Anfrage zur Kameraüberwachung in Schildgen

Herr Steinbüchel führt an, dass sich der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr mit den Autos, welche den Bürgersteig und den Radweg an der Eisdiele in Schildgen zu parken, befasst habe. Daraufhin sei beschlossen worden, dass die Eisdiele darauf hinweisen solle, wo der Parkplatz sei. Zeitgleich sei angemerkt worden, dass die Verkehrssituation dort nicht überwacht werden könne. Seit geraumer Zeit sei dort nun aber nun ein Hinweisschild für eine Kamera angebracht worden, sodass davon auszugehen sei, dass die Verkehrssituation sehr wohl überwacht werde. Er fragt, ob hier tatsächlich eine Kameraüberwachung durchgeführt werde, da hierfür kein Beschluss existiere. Des Weiteren sei auf der Altenberger-Dom-Straße eine Filiale der Deutschen Post eröffnet worden. Dort parken viele Postfahrzeuge auf der Fahrbahn, wodurch es aus Fahrtrichtung Odenthal ebenfalls zu erheblichen Verkehrsbehinderungen komme.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:49 Uhr.